

Johann Friederichs

Wohin stolpert Europa?



Stillstand, Abwicklung, Rettung?

Für

Felix Lennert und Anna Lena

Inhalt

Prolog: Auf hoher See

Was ist „Europa“ und wo liegt es?

„Europa“ - eine Kurzgeschichte

Schicksalsjahre

Unsere Werte

2014, ein besonderes Jahr

Dieses Euroland wollten wir nicht

Griechenland

Die Legende

Die Lehre

Die Rechnung

Die Legende und das heutige Treiben

Wo liegt Europa?

„Europa ist kein Ort, es ist eine Idee“

Wo sind die Grenzen?

Ein Friedensprojekt?

Der lange Weg nach Europa

Eine kurze Geschichte der Verträge

Die „Rechtsgemeinschaft“

Was heißt „Europäische Union“?

Das „Trauma von Maastricht“

Die EU in staatsrechtlicher Sicht

Können die USA ein Vorbild sein?

Ein Blick zurück auf 2007, 2010, 2012

Der Austritt aus dem Euro als Rettung?

Schönreden und Verschleiern

„Rote Linien“

Ein langer Weg durch den Tunnel

Regierungsversagen?

Der Euro braucht einen Staat - oder er verschwindet

Kerneuropa

Auch die EU braucht eine neue Architektur

Euroskeptiker

Eurobefürworter

Regierungen auf „Bewährung“

Regeln gegen sich selbst

„Moral Hazard“

Ein neuer Stabilitäts- und Wachstumspakt

Subsidiarität

Wer stolpert in Europa und wann?

Institutionen und Einrichtungen der EU

Europarecht

„Harmonisierung“

Das Primärrecht

Das Sekundärrecht

Die fünf operativen Institutionen der EU

Der Europäische Rat

Der EU Ministerrat

Die EU Kommission

Das Europäische Parlament (EP)

Die Europäische Zentralbank (EZB)

Der „Rettungskrimi“ Zypern

Der Dijsselbloem Schock

Der Schock und seine Folgen

Die Lehren aus Zypern - der Sparer verliert

Mehr Europa, der Europäische Erweiterungsprozeß
Auf dem Weg zu neuen inneren Grenzen
Jugendarbeitslosigkeit
Weitere Beschlüsse des Gipfels im Juni 2013
Das Europaparlament läßt von sich hören
Vertrauensverluste
EU Haushaltsplan 2014 - 2020
Aus der Staatsschuldenkrise in die „Eurokrise“?
Es gab nie eine Eurokrise
Der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM)
Der ESM hat zu prüfen
Und immer wieder Griechenland
Die „Troika“: EU, EZB, IWF
Das „Chicken Game“
Eine Woche Pokerspiel
Die restlichen Alternativen
Alles nur Machtspiele?
Der IWF will endlich Taten sehen
Die EZB kann das Spiel beenden
Und noch zwei Lehren
Flucht aus der Verantwortung
Das Referendum
Die Stunde Null
Das „Schwarze Peter Spiel“
Das große Unverständnis
Zwischen Untergang und Kuratel
Sechs Rettungsversuche
Hilfsgelder für Griechenland
Wachsende Haftungssummen

Eine letzte Chance für Euroland?

Wie geht es den anderen GIPSIZ Staaten?

Irland

Portugal

Spanien

Italien

Zypern

Auch Frankreich müht sich

Und die anderen Risiken, Krisen, Konflikte?

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Euroland

Der Kampf um die Macht in Europa

Die Schwächung der EU Kommission

Die Budgetaufsicht wird gelockert

Eurobonds prüfen

Produktherkunft ändern

Hochgeschwindigkeitsstrecke finanzieren

Inflation, Arbeitslosigkeit, Wachstum

Britisches Modell: Entschuldung über Staatsanleihen

Das Bundesverfassungsgericht hat gesprochen

Die Konsequenzen der Rechtsprechung des BVerfG

Arbeiten an der „EU Roadmap“

Die Bankenunion muss kommen

Die „Master im Desaster“

Gespenster gehen um: Deflation oder Inflation

Deflation

Inflation

Wohin stolpert Europa?

Die „Politische Union“

Ein Anfang: Euroland als „Eurostaat“?

Schwaches Wachstum bei niedrigen Zinsen
Der „Europaartikel“ 23 des Grundgesetzes
„Demokratisch“
„Rechtsstaatlich“
„Sozial“
„Föderativ“
Europa vor der „Europawahl 2014“
EU Europa ist „work in progress“
Duschköpfe und Staubsauger
Die EU nach der Europawahl 2014
Fraktionen Europaparlament „Parteienfamilien“
Eine übergreifende „Meta Agenda“ im EP?
Auf dem „Europäischen Basar“: Der Spitzenkandidat
Wer oder Was stand zur Wahl?
„Brexit“ nach der EP Wahl?
Wo liegt die Macht nach der Europawahl?
Der Ypern Gipfel 2014
Die „Juncker Kommission“
Neue Kommissare in neuer Kommission
Woher 300 Milliarden holen?
Ein neuer, leerer „Topf“: Das „315 Milliarden Programm“
Steuroptimierung, -vermeidung, -gestaltung
Oasen und Paradiese-oder: Wo ist das Geld?
Die Zukunft der „Steueroasen“
Steuerermittlungsverfahren der EU Kommission
Stabilitäts- und Wachstumspakt aufweichen?
Die EZB kauft Zeit und Staatsanleihen
Eine Warnung vor Reformverweigerung

Sparen oder nicht sparen - Nobelpreisverdächtig
Die Geißel: Arbeitslosigkeit
Europa fällt weiter zurück
Verweigert sich die EU ihren Aufgaben?
Wiederkehr des Nationalstaats?
Der G20 Gipfel in Australien
Wo sind die Ziele der EU?
Keine Fiskalunion, keine Sozialunion
Verdrängte Zukunftsaufgaben: Was ist wichtig?
Will man das alles nicht
Wohin stolpert Euroland, die „Tapferen 19“?
Die beiden ungeliebten Wege
Was könnte Euroland tun?
Der Euro spaltet
Der Euro polarisiert
Der „5 Präsidenten Bericht“
EU Europa im „Trilemma“: Drei verschiedene Ziele
Was Europa nicht braucht
Dann bleiben Demokratie und Binnenmarkt

Epilog: Zu neuen Ufern

Prolog: Auf hoher See

Was heißt hier „stolpern“? „Wohin schlingert Europa“ wäre als Titel doch viel passender. Oder sollte es nicht noch genauer heißen, wohin „steuert“ Europa, der schon recht betagte, leicht angerostete Dampfer „Europa“ mit seinen vielen streitenden, nur mühsam zur Reise vereinten, aber ob der Reiseroute völlig verunsicherten Passagiere? Viele sehen sich auf einem soliden Vergnügungsdampfer, andere auf einem Schiff mit Schlagseite. Reiseziel unbestimmt. Und wer ist der Kapitän, und wo ist der Steuermann?

Als Hamburger habe ich viel Sympathie für das maritime Sprachbild vom Schiff und seinem Kapitän. Nur wer steht auf der Brücke der „Europa“? Wer steuert? Gehen wir auf dieses Schiff. Bei genauerem Hinsehen stellen wir fest, keiner steuert. Wir haben dort nicht nur eine Brücke und einen Kapitän sondern von jeder Art mindestens drei:

Auf der obersten Brücke stehen die 27 EU Kommissare mit ihrem Präsidenten und Steuermann Jean-Claude Juncker, der mit seiner Europäischen Kommission (EU-K) die Regierung Europas bilden möchte.

Auf der mittleren Brücke sehen wir die 7 Fraktionschefs der 177 Parteien des Europäischen Parlaments (EP) mit ihrem Steuermann, Parlamentspräsident Martin Schulz, der gerne aus und mit dem gewählten Parlament die europäische Gesetzgebung formen und die EU Regierung bestellen würde.

Auf der untersten Brücke drängeln sich die 28 Regierungschefs der EU Staaten, der Rat der Europäischen Union (ER), ohne Steuermann, aber mit einem Präsidenten Donald Tusk. Die 28 Staatenlenker sollten eigentlich über den Kurs des Schiffs entscheiden. Sie können aber nur mühsam und auf vielen, oft eilig zusammengerufenen Gipfelkonferenzen zu komplizierten Kompromissen über die Reiseroute finden. Mißmutig verfolgen sie das Treiben auf den beiden oberen Brücken. Derweil treibt das Schiff. Mit drei Präsidenten.

Nicht ganz steuerlos, denn hinter den drei Kommandobrücken gibt es die bestens eingerichteten, grandiosen Kartenräume, als mächtiger Turm mit Fernsicht, neu konstruiert. Kein Schornstein, sondern der bombastische EZB Tower. Dort beugt sich der wahre Steuermann des Schiffs, Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, zusammen mit seinem 25 köpfigen EZB Rat über diverse Seekarten. Mario Draghi verteilt auch die Gelder aus der Schiffskasse.

Er versucht zu steuern und das Schiff auf Kurs zu halten. Nur auf welchem Kurs und wohin steuert er das schlingende Schiff? Er versucht einen leichten Inflationkurs über Geld, oft auch über Politik, zu steuern. Als Investment- und Notenbanker weiß er, dass Menschen über Geld am schnellsten lernen können. Also besorgt er den europäischen Politikern das Geld, das sie nicht haben, aber dringend brauchen, und verschafft ihnen damit Zeit zum Lernen. Über seine im Turm verborgene „Druckerpresse“. Und auf den Brücken stehen nur Politiker, keine Kapitäne und keine Seefahrer. Also bleibt ihm keine andere Wahl, er muss steuern.

Dann gibt es noch drei Luxussuiten auf dem Oberdeck. Dort sitzt in der größten Suite „Brüssel“ der EU Ministerrat (RdEU), der den Regierungschefs vor allem mit seiner

„Eurogruppe“, den Finanzministern der Eurostaaten, zuarbeiten muss. Dort logiert auch ihr Präsident, Jeroen Dijsselbloem.

In der luxuriösen Suite „Luxemburg 1“ tagt der Europäische Gerichtshof (EuGH), der das Europäische Gemeinschaftsrecht auslegt. In der etwas ärmlicheren Suite „Luxemburg 2“ quält sich der Europäische Rechnungshof (EuRH), der danach schauen soll, wo das viele Geld geblieben ist.

Tief unten, im riesigen Maschinenraum, mühen sich 23.000 beamtete Rechts- und Schriftgelehrte, Technokraten und Dolmetscher der EU-K, die komplizierte Brüsseler Abstimmungs-, Gesetzes- und Verordnungsmaschinerie in Gang zu halten. Das sind die „Berufseuropäer“, auch „Eurokraten“ genannt. Das durch den intensiven Umlauf schon etwas trübe „Konsenswasser“ wird gebraucht, um die Maschinerie auf eine für europäische Kompromisse und Regelwerke notwendige Arbeitstemperatur zu bringen.

Dann gibt es auf unserem Schiff „Europa“ noch die 507 Millionen Passagiere, die Bürger der Europäischen Union (EU). Sie besetzen die Decks, die zahllosen Kabinen, sie bevölkern die Restaurants, Bars und Vergnügungszonen. Viele leiden, fühlen sich vergessen. Von all dem Gezerre auf den Brücken und in den Nebenräumlichkeiten bekommen sie kaum etwas mit. Eigentlich wollen sie auch gar nichts davon wissen. Sie sehen nur, das Schiff schwimmt noch. Das Schlingern spüren sie nur gelegentlich und bei besonderer Aufmerksamkeit. Sie gehen lieber ihren eigenen Interessen nach. Sie alle bezahlen das Brücken- und Hilfspersonal und dürfen sich alle fünf Jahre eine neue Leitung wählen, wenn sie denn überhaupt zur Wahl gehen. Sie sind Bürger und Steuerzahler Europas. Aus neun Ländern kommen sie mit eigenem, nationalem Geld. Aus neunzehn Ländern kommen sie mit ihrem Gemeinschaftsgeld, „Euro“ genannt. Sie sind die wahren Vertreter einer EU mit 28 Staaten.

Das ist der Masterplan, der Organisationsplan unseres „EU Europa“.

Hier möchte ich nun doch das einprägsame maritime Bild verlassen. Auf hoher See ist man in Gottes Hand, gesteuert von einem erfahrenen Kapitän und hoffentlich auf einem seetüchtigen, stabilen, gut konstruierten Schiff. Bei unserem Dampfer „Europa“ wissen wir das nicht so genau. Darum gefällt mir das Bild vom „stolpernden Europa“ doch besser.

Und unser EU Europa ist auch kein Schiff. Vielleicht nur ein lockerer Konvoi, in dem jedes der 28 Schiffe seinen eigenen, unberechenbaren Kurs fährt. Warum das reale „Europa“ der EU28 Staaten nicht irgendwohin steuert, sondern doch nur „stolpert“, werden wir in diesem Buch genauer sehen und begründen. Stolpert Europa doch immerhin voraus, denn rückwärts kann man, bildlich betrachtet, nicht so gut stolpern.

Also ist „Stolpern“ doch noch etwas Positives. Denn es vermittelt uns die Gewißheit: Es geht irgendwie weiter. Irgendwie. Und „EU Europa“ ist auch kein Konvoi, kein Geleitzug, sondern work in progress, unsere tägliche Realität. Das „Woher und Wohin?“ ist noch zu klären. Die drei Worte „Europa“, „Stolpern“ und „Wohin“ führen uns zu den drei Teilen dieses Buches:

I. Was ist Europa und wo liegt es?

II. Wer stolpert in Europa, wann und warum?

III. Wohin stolpert Europa?

I. Was ist „Europa“ und wo liegt es?

Beginnen wir mit europäischen Visionen, denn:

***Die Visionen von Gestern
sind die Probleme von Heute
und die Kosten von Morgen***

„Europa“ - eine Kurzgeschichte

Es mangelte in und für Europa nicht an großen Visionen: Die PAN Europa Union (Coudenhove-Kalergi, 1923, Otto v. Habsburg), die „Vereinigten Staaten von Europa“ (Winston Churchill, 1946), der „Europa Kongress“ (Den Haag, 1948) und das „Europa der Vaterländer“ (Charles de Gaulle, 1962) waren großartige Ideen, die schon früh in den politischen Träumen angelegt waren.

Auch nach der von Frankreich betriebenen Gründung der „Lateinischen Münzunion“ im Jahre 1865 dachte man an eine „Europäische Union“ mit der Münzunion als Vorläufer. So nannte man schon damals das erste, dann später grandios scheiternde europäische Einheitsprojekt. Auch eine „Europäische Kommission“ für die Münzunion stand auf der französischen Agenda.

Die 10 Mitglieder waren die industrialisierten Länder im Norden, die Gründungsmitglieder Frankreich, Belgien, Italien, Schweiz, und die agrarischen Länder im Süden des Kontinents mit ihren späteren Einritten: Spanien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Österreich/Ungarn. Es war aber eine Münzunion ohne Deutschland und ohne Großbritannien.

Frankreichs Kaiser Napoleon III. wollte die Münzunion als Instrument der „Hegemonie über Kontinentaleuropa“ einsetzen. Sie siechte bis zu ihrem Untergang 1927 dahin. Sie scheiterte an ihren heterogenen Ökonomien.

Die Staaten scheuten schon damals die hohen Kosten der Auflösung. Dann gaben die zehn in Gelddingen so visionären Mitgliedsländer den untauglichen Versuch aber doch auf und stahlen sich davon.

Währungsunionen zeigen langlebiges Siechtum. Und scheitern dann. Es gibt in der Historie kein Beispiel einer gelungenen Währungsunion. Sie können keine machtpolitischen Rivalitäten beenden, glätten auch keine wirtschaftlichen Ungleichheiten, harmonisieren keine kulturellen Traditionen.

Die damaligen Konstruktionsfehler kommen uns heute sehr bekannt vor.

Durch nationale Hegemonialansprüche und Kriege wurden mutige Visionen immer wieder zerstört. Erst nach der Vernichtung Europas im ersten und dem endgültigen Untergang Europas im zweiten Weltkrieg gab es für die frühen Träume eine neue Chance.

Charles de Gaulle wollte ein kontinentales Europa ohne Großbritannien - und unter Führung Frankreichs. De Gaulle träumte zunächst von einem neuen „Karolingischen Europa“ in den Dimensionen des Reichs Karls des Großen. 1806 war das „Heilige römische Reich deutscher Nation“ nach 1000jähriger Geschichte sang- und klanglos untergegangen. Doch die Erinnerung daran lebte in Charles de Gaulle und den europäischen Visionären weiter. Zusammen mit Konrad Adenauer war er einer der Gründerväter der europäischen Integration.

Churchill stand in der Tradition George Washington's, des ersten Präsidenten der USA, der von den kommenden „Vereinigten Staaten von Europa“ überzeugt war. Unter dem Eindruck der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika, 1776, schrieb George Washington in einem Brief an den Marquis de Lafayette, seinen Mitstreiter im Kampf um die Unabhängigkeit der USA von der britischen Krone: „Wir haben ein Korn der Freiheit und Einheit gesät, das nach und nach auf der ganzen Erde keimen wird. Eines Tages werden, nach dem Muster der Vereinigten Staaten, die Vereinigten Staaten von Europa gegründet werden. Sie werden der Gesetzgeber aller Nationalitäten sein“. Er war der erste europäische Visionär.

In seiner berühmten Rede vor der Akademischen Jugend in Zürich, im September 1946, sprach Churchill von der „Erneuerung der europäischen Familie... Wir müssen ihr eine Ordnung geben, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann. Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa errichten.“ Er sagte aber auch: „We will be for, but not with it“.

Die „Europäische Union“ wurde durch die Römischen Verträge von 1957 zur Realität, gegründet auf und getragen von den klassischen europäischen Werten: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, Solidarität, Toleranz und unveräußerlichen Menschenrechten. Seit der Antike in Humanismus und Aufklärung entwickelt.

Ein hoher Anspruch, ein langer Weg, ein steiniger Weg.

Heute quälen wir uns ab mit den ungelösten Problemen visionären Denkens und Handelns, aber auch mit den in eine noch unbekanntere Zukunft verdrängten politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen einer immer noch unvollendeten Europäischen Union.

Schicksalsjahre

Russland: Wir sahen in 2014 ein noch friedliches Europa in einem unfriedlichen Umfeld: 2014 war das Jahr, in dem der russische Präsident Wladimir Putin die Krim annektierte und im Osten der Ukraine einen Bürgerkrieg unter russischer Beteiligung anzettelte. Putin gründete mit Weissrussland und Kasachstan die „Eurasische Union“ und träumt von einem neuen noch größeren Russland, „Novarossiya“. Die untergegangene Sowjetunion (UdSSR) wirft einen langen Schatten. Kreml Experten beschreiben die politische Einstellung Putin's mit dem Satz: „Russland mag Europa nicht, es ist kein Teil Europas, und überhaupt hat Europa ausgedient“. Eher ist wohl zu vermuten, dass Putin panische Angst vor den Werten des Westens hat, denn diese würden die Fundamente seines Machtsystems infrage stellen. Auch die Ukraine ist Europa! Und leidet jetzt unter einem Hybridkrieg. Auf europäischem Boden.

Tricksen, Erpressen und Schönfärben ist gängiges politisches Handwerkszeug, siehe Griechenland. Aber die Art, wie Putin und seine Oligarchen die westlichen Politiker und Medien schamlos belügen, das ist neu. Nicht nur die russischen Soldaten, die „in

ihrem Urlaub“ in der Ukraine in Uniformen kämpfen, „die man in jedem Supermarkt kaufen kann“, sondern auch die neuesten russischen Panzer und Raketenwerfer, die man von den Ukrainern „erbeutet“ haben will, und die darum auch zur Eroberung der Ostukraine zum Einsatz gebracht werden konnten, werden als Lügen angeboten. Die Liste der Unwahrheiten ist lang. Dieses Verhalten ist schon mehr als imperiales Gehabe. Das ist eine Beleidigung der Intelligenz Europas.

Islamisten: 2014 war auch das Jahr, in dem der „Islamische Staat“ (IS) große Teile Syriens und des Irak eroberte und seine Terrorherrschaft im Namen des Islam über bestehende Grenzen hinaus ausbreitete. Andere islamistische Gruppierungen führen im Nahen Osten und in Afrika mit allen Mitteln des Terrors einen Krieg gegen den Westen, gegen die westlichen Werte. Nach den Ideologien des Kommunismus und des Nationalfaschismus im 20. Jahrhundert ist der Islamismus die neue Heimsuchung im beginnenden 21. Jahrhundert. Im Jahr 2015 tragen die Islamisten einen neuen Stellvertreterkrieg aus, nun im Jemen. Und die gemäßigte islamische Welt schaut zu. Sie grummelt ein bißchen. Sie schickt bewaffnete Kontingente. Aber sie handelt nicht wirklich. Noch nicht.

Türkei: 2014 war das Jahr, in dem sich Recep Tayyip Erdogan zum Präsidenten der Türkei wählen ließ, Europa den Rücken kehrte, und sich Russland zuwandte. Sein Regime zeigt zunehmend autokratische Züge. Mustafa Kemal Atatürk's Traum von einer laizistischen Türkei wird im Jahr 2023, hundert Jahre nach Gründung der modernen Türkei, wohl endgültig ausgeträumt sein.

Nach dem erhofften „arabischen Frühling“ des Jahres 2010, ausgerufen von der ägyptischen Jugend auf dem Kairoer Tahrir Platz, blieb nach einer freien Parlamentswahl in Tunesien nur dieses islamische Land den demokratischen Prinzipien verbunden. 2014 war ein Jahr alter, ungelöster Krisen und neuer Konflikte, die wir mit in das Jahr 2015 nehmen. Nur der Jahreswechsel trennt den Strom der Zeit und der Ereignisse in überschaubare Abschnitte.

Unsere Werte

Welche Werte halten den Westen, halten Europa zusammen, und fordern die Feinde der Freiheit heraus? Unsere Werte sind die allgemein gültigen, unveräußerlichen Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die Herrschaft des Rechts, der Rechtsstaat. Das ist das Erbe der Aufklärung. Es ist die Emanzipation aus der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“¹. „Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“². Das war der Wahlspruch der Aufklärung. Es sind auch die Errungenschaften der amerikanischen Revolution von 1776 und der französischen Revolution von 1789. Immer noch wirkmächtig. Bis heute.

2014, ein besonderes Jahr

Noch einmal Atemholen und mit dem Abschied aus 2014 an wichtige Jahreszahlen erinnern. Mit dem Abstand von 100, 75 und 25 Jahren prägen sich besondere Ereignisse tief in unser historisches Gedächtnis ein.

Vor einhundert Jahren: 1914 Beginn des ersten Weltkriegs. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Der Untergang des alten Europa.

Vor fünfundsiebzig Jahren: 1939 Beginn des zweiten Weltkriegs und die endgültige Zerstörung Europas. Dieser Krieg hat die Ordnung der Welt radikaler verändert als alle Kriege zuvor. Mit ihm endete eine Epoche, in der Europa ein gestaltender Kontinent in

der Weltgeschichte war. Die Kolonien emanzipierten sich von der „alten Welt“. Asien drängte nach vorn.

Der erste Weltkrieg war Vorläufer und Verkünder des zweiten Weltkriegs.

Er ruinierte Europa und hinterließ zutiefst verfeindete Nationen. Im zweiten Weltkrieg wurde das alte Europa endgültig vernichtet. Aus den Trümmern Europas wuchs die Idee eines neuen vereinten Europas, aber auch die geographische, politische und ideologische Spaltung des Kontinents: Der „Kalte Krieg“. Nicht nur die Teilung Deutschlands in Ost und West war Logik und Folge eines militaristischen, politisch verblendeten Wahns mit bitteren Konsequenzen. Europa war geteilt.

Vor fünfundzwanzig Jahren: 1989, endete der Ost West Konflikt mit dem Fall der „Berliner Mauer“, des „eisernen Vorhangs“, der die Trennung des Ostens vom Westen weltweit sichtbar „in Stein, Stahl und Zement“ gegossen hatte. Die Sowjetunion zerfiel, der „Ostblock“ löste sich auf. Aus den Resten eines bis an die Elbe reichenden sowjetischen Imperiums wurde eine stark geschrumpfte „Russische Föderation“.

Die bis dahin eingemauerten, in den „Warschauer Pakt“ vertraglich eingezwängten Staaten suchten ihren eigenen Weg in die Zukunft. In eine Zukunft mit Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. In ein neues Europa. Vor einem Vierteljahrhundert konnte sich das unfreiwillig zerrissene Europa nach dem Mauerfall und dem Ende der Ost West Teilung neu denken, wieder finden.

Nach dem Eintritt ehemaliger Ostblock Staaten in die „Europäische Union“ (EU) folgten Jahre gemeinsamer Entwicklung zu und in einer offenen europäischen Gesellschaft, Zeiten der Neugründung einer Union des Friedens, des wirtschaftlichen Wachstums, der Versöhnung und der Zusammenarbeit.

Europa wurde breiter, tiefer und - komplizierter.

Aus schwierigen politischen Anfängen in und mit Europäischen Verträgen entwickelte sich über einen „Gemeinsamen Markt“ eine stabile „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)“. Die Staaten suchten Frieden und Wohlstand in der Wirtschaftsunion und fanden beides. Sie legten Teile ihrer Souveränität in die Hände der Europäischen Union. Die Europäische Union gab ihren Bürgern mit der Gründung der EU nicht nur ein Friedensversprechen sondern auch ein „Wohlstandsversprechen“, das bei und zur Einführung des Euro wiederholt und bestätigt wurde. Einige Staaten gingen daher so weit, dass sie auch ihr eigenes Geld aufgaben. Die ganz Mutigen, die Einheitsbewegten in der EU gründeten die europäische „Währungsunion“. Ihre Landeswährungen gingen im „Euro“ auf und unter. Wie sagte doch einer der großen Nationalökonomten des 20. Jahrhunderts: „Geldfragen sind Lebensfragen der Nationen. Im Geldwesen einer Nation spiegelt sich alles, was dieses Volk will, tut, erleidet, was dieses Volk ist. Der Zustand seines Geldwesens ist ein Symptom aller seiner Zustände. Nichts sagt so deutlich, aus welchem Holz ein Volk geschnitzt ist, wie das, was es währungspolitisch tut.“³

Die Deutschen gaben 1998 ihre „Deutsche Mark“ und ihre „Deutsche Bundesbank“ für die Gemeinschaftswährung EURO in einer europäischen Währungsunion auf. Es war ein politischer Verzicht, kein ökonomischer. Die „Europäische Zentralbank (EZB)“ wurde die Herrin des Geldes in dieser Währungsunion. Und die neue Herrin des Geldes nutzte ihre Herrschaft. Nach Jahren des billigen Geldes, des kreditfinanzierten Aufschwungs, steht die Eurozone, steht „Euroland“, stehen die 19 Länder (die EU19),

„deren Währung der Euro ist“, nun vor den Folgen ihrer Entscheidung. „Euroland“, ein Währungsgebiet, ohne die Basis gemeinsamer ökonomischer Grundlagen und Mentalitäten. Man erkannte danach schmerzhaft die Konsequenzen einer Gemeinschaftswährung und lernte, was eine internationale Finanzkrise und eine selbst verursachte Schuldenkrise sind. Nach anfänglich erfolgreichen Jahren, den zinsgünstigen Krediten im Süden der EU, stolperte Europa in eine ungewisse Zukunft. In einer nun schon achtjährigen hartnäckigen Dauerkrise, beginnend im Jahre 2007, nach den Immobilien-, Finanz-, Banken- und Schuldenkrisen sucht Europa in 2015 wieder einen neuen Weg in eine gemeinsame Zukunft. Aber in welche Zukunft? „Welches“ Europa will Europa - und „wieviel“ Europa will Europa?

In den südlichen Krisenländern der Eurozone stiegen die Schulden zwischen 2000 und 2007, also noch vor der Finanzkrise, mehr als doppelt so schnell wie die Wirtschaftsleistung. Man lebte „über seine Verhältnisse“. Man nahm Kredite auf und verschuldete sich. Man konsumierte eifrig, leistete sich gigantische Fehlinvestitionen mit billigem Geld und vernachlässigte die eigene nationale Wettbewerbsfähigkeit. Man hatte sich „im Euro“ wohlig eingerichtet.

Am Anfang der schwersten finanziellen und wirtschaftlichen Turbulenzen im neuen 21. Jahrhundert, standen in 2007 die USA nach dem Zusammenbruch ihrer gigantischen Immobilienspekulationen vor dem Abgrund. Auch in Europa gab es einen über Schulden finanzierten Immobilienboom, vor allem in Spanien und Irland. Auch dort stürzten die Immobilienmärkte ab. Die Kurse der mit Hypotheken besicherten Kreditpapiere fielen ins Bodenlose. Im Jahr 2008 folgten den Spekulationen auf den Immobilienmärkten die Bankenpleiten in den USA und in Europa. Nun wollten die Staaten ihre Banken retten. Sie mussten sie sogar retten, denn die Banken waren ihre Geldgeber. Vor allem die im Süden der EU liegenden Krisenländer hatten ihre Wettbewerbsfähigkeit im Sog und Schutz des zinsgünstigen Euro Kredits vernachlässigt. Ihre Banken hatten nationale Kreditblasen finanziert und standen am Rande der Insolvenz. Auch in Irland hatte sich die Finanzindustrie verspekuliert. Die Regierungen mussten eingreifen und sich damit hoch verschulden. Danach zeigte sich diese zunächst verdeckte, auch verdrängte Schuldenkrise mit aller Härte.

Aus der Bankenkrise wurde eine Schuldenkrise der Staaten. Die internationalen Geldgeber wurden „schuldenresistent“. Sie verweigerten den Banken, aber auch den Krisenstaaten neue Kredite. Die Schuldenkrise beschädigte unsere Währung, traf den Euro, noch vorhandenes Vertrauen zerbrach.

Die Staatsschuldenkrise wurde uns dann unzutreffend als Krise des Euro, als „Eurokrise“, erklärt. Der Euro bildete die Krise aber nur ab. Er litt unter der zu hohen Verschuldung der Banken und der Staaten, den platzenden Kreditblasen sowie der aus diesen Übeln folgenden schweren Vertrauenskrise. Den darauf folgenden Ausbruch der sogenannten „Eurokrise“ im Mai 2010 verdanken wir aber den Politikern in Griechenland. Das Land war pleite. Ruiniert von korrupten, unfähigen Politikern und Parteien. Es konnte seine Staatsschulden nicht mehr einlösen. Die griechische Wirtschaft stürzte ab und zog die Euro Währung mit in den Abwärtssog. Die international agierenden Finanzmärkte erwarteten einen Bruch der Eurozone. Den Menschen in Griechenland ging es miserabel. Die Arbeitslosigkeit erklimmte bis dahin unbekannte Höhen. Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte in Griechenland 60% und stand Ende 2014 immer noch bei 52%. In Spanien lag sie bei 54% und in Italien bei 44%.

Die Rettungsversuche für das marode Griechenland, für Irland und Portugal, ließen die europäischen Staatenlenker von Krisengipfel zu Krisengipfel eilen, dabei auch stolpern. Es gab im Mai 2010 Bürgschaften für die Banken und Kredite für die Staaten mit einem Hilfspaket in Höhe von 750 Milliarden Euro.

Die Banken in der Europäischen Union erhielten zwischen 2008 und 2012 vom Steuerzahler rund 90 Milliarden Euro verlorenes Geld und für 3,5 Billionen Euro staatliche Bürgschaften.

Allein die Deutsche Bundesbank finanzierte mit ihren „Target 2“ Krediten den Importüberschuß der schwankenden Peripherieländer mit rund 500 Milliarden Euro. Sie finanzierte das „Leben über die Verhältnisse“. Für die Krisenstaaten gab es zwischen Mai 2010 und Juli 2012 weitere rund 450 Milliarden Euro in Form von Hilfskrediten und Garantien. Insgesamt forderte die „Rettung“ Eurolands rund 1.576 Milliarden Euro!

Dieses Euroland wollten wir nicht

Die Eurostaaten haben „Euroland“ durch ihre Schuldenmacherei ruiniert.

Die EU-K hat entgegen ihrem Auftrag die europäischen Verträge nur unzulänglich „gehütet“. Und die EZB hat unter dem Druck der Realitäten und fehlender Entschlossenheit der Politiker eine Abwertung der Währung des Euro zunächst zugelassen, später dann bei vermuteten Deflationsgefahren noch befördert. Das viele billige Geld der internationalen Notenbanken, zur Rettung der globalen Finanzwelt und zum Anschub für die Realwirtschaft gedacht, kam in der Realwirtschaft nicht an. Es beflügelte nur die Preiswellen in verschiedenen Vermögensklassen und an den internationalen Börsen. Die Sparer wurden ärmer, den Versicherungen, Pensions- und Rentenfonds fehlten die Renditen. Der „Wertsachenindex“ für Luxusgüter kletterte weltweit auf bisher ungekannte Höhen. Sparen half auch nicht und das Wachstum kam nicht. Die Schulden stiegen weiter - und die Sorgen blieben. So war es, so ging es und so blieb es sieben lange Jahre, von 2007 bis 2014. Und auch im Jahre 2015, im achten Krisenjahr, ist die Krise noch nicht vorbei. Im Gegenteil, sie kommt zurück. In Griechenland.

Griechenland

„Meine Herren, bedauerlicherweise sind wir bankrott“. Das sagte schon im Jahre 1893 Charilaos Trikoupis, der damalige Ministerpräsident Griechenlands.

Heute, 122 Jahre nach dieser Parlamentsrede, hören wir den gleichen Satz wieder vom jetzt ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis. Wie sich die Bilder gleichen, im Jahre 2015. Griechenlands „never ending story“.

Blicken wir zunächst einmal in das „alte“ Griechenland. Die frühen Gründer Europas waren die „alten Griechen“, die ihre Polis, ihre Stadtstaaten bauten, die eine Demokratie entwickelten, die das Staatsrecht erfanden, die mit Philosophie und Kunst das Fundament der europäischen Kultur legten. Zeus, ihr Göttervater, holte als Stier verwandelt die schöne phönizische Prinzessin Európe nach Kreta. Der antike Gründungsmythos Europas.

Die „neuen Griechen“ des zwanzigsten Jahrhunderts waren die Verschwender, moralisch korrumpiert durch die vierhundertjährige Herrschaft der Osmanen, ruiniert

durch Bürgerkriege, verarmt durch die Kleptokratie der reichen griechischen Familien, der Oligarchen. Vielleicht zum Dank für das großartige Erbe der Antike haben unsere europäischen Politiker das neue Griechenland in den Euro aufgenommen, haben es finanziert und wollten es dann nach der erneuten Pleite auch noch „retten“. Nur, wollten sie das wirklich? Wollten sie nicht etwas ganz anderes? Nur sich selbst retten?

Die Legende

Zur Einstimmung in unser Thema eine Anekdote aus der Antike, dem frühen Griechenland. Uns wurde in alten Büchern berichtet: Die Wahrsagerin Sibyll von Cumae bot ihre griechische Orakelsammlung um 520 v. Chr. dem letzten römischen König Lucius Tarquinius Superbus für viel Geld zum Kauf an. In Orakeln deuteten die Sibyllinen damals die Zukunft. Diese Weissagungen waren in der antiken Welt sehr begehrt. Doch Tarquinius lehnte den Kauf ab. Da verbrannte sie die eine Hälfte der Bücher und bot ihm die andere zum gleichen Preis an. Er lehnte wieder ab. Sie verbrannte noch eine Hälfte und bot ihm den schäbigen Rest zum alten Preis an. Da stimmte Tarquinius zu und kaufte.

Genau so geht es uns in der Griechenland Rettungs Krise.

Variante 1: Für das gleiche Geld gibt es immer weniger.

Variante 2: Für immer weniger zahlt man immer mehr.

Die Lehre

Hätten wir den Pleitestaat Griechenland zu Beginn der Staatsschuldenkrise im Mai 2010 in die Insolvenz gehen lassen, wäre das die billigste Lösung gewesen. Hätten wir den später doch notwendigen Schuldenschnitt mit 130 Milliarden gleich vollzogen, Reformen vertraglich vereinbart, gesetzlich abgesichert und fortlaufend überprüft, die restlichen Staatsanleihen langfristig umgeschuldet, einen Controller der EU zur Prüfung der Geldverwendung als „Insolvenzverwalter“ eingesetzt, erfahrene Verwaltungsexperten zur Einrichtung einer effizienten Steuerverwaltung zur Verfügung gestellt, zuverlässige Katasterämter aufgebaut, eine funktionierende soziale Krankenversicherung eingerichtet, ein Jugend Ausbildungssystem eingeführt und ein umfangreiches, zielgerichtetes, internationales Investitionsprogramm organisiert, hätte uns die Schuldenkrise am wenigsten gekostet. Das wäre Europas Aufgabe gewesen.

Hätte Athen die hinterzogenen und damit noch ausstehenden inländischen Steuern eingetrieben, eine Reform der Justizarbeit durchgesetzt, Bürokratie und Kompetenzwirrwarr geordnet, das geflüchtete Schwarzgeld der Oligarchen aus den Steueroasen zurück geholt, die großen Vermögen der Reedereien, Pressekonzerne, Kirchen, Familienclans und Logistikunternehmen besteuert, die gigantische, in Griechenland übliche Korruption und Bestechungspraxis mit Strafen belegt, das Klientelsystem in den Parteien, Medien und Behörden aufgelöst und die seit Jahrzehnten unrentablen, der Versorgung von Parteifreunden dienenden Staatsbetriebe privatisiert, könnte Griechenland heute ein robustes Land sein und ein anerkannter, wirtschaftlich prosperierender Staat werden. Das wäre Griechenlands Aufgabe gewesen. Stattdessen wurde fünf Jahre lang kostbare Zeit im berüchtigten „Griechischen Quadrat“ verspielt, wurde die Zeit für Reformen im Dauerstreit zwischen Regierungen, Parteien, Oligarchen und Banken verloren.

Die Rechnung

Dazu eine knappe Rechnung für die damals mögliche sinnvolle Sanierung: Griechenland hatte zum Krisenausbruch Anfang 2010 eine Wirtschaftsleistung (BIP) von rund 230 Milliarden Euro, also nur 2% vom Bruttoinlandsprodukt der damaligen EU27. Für die Ökonomie der EU27 also ohne besondere Bedeutung. Die Griechische Staatsverschuldung lag bei 130% vom BIP, das waren immerhin beachtliche 300 Milliarden Euro staatliche Gesamtverschuldung. Bei Streichung von 130 Milliarden wäre die Verschuldung mit 170 Milliarden nur noch 74% vom BIP. Eine vertretbare Größe. Doch gegen den sinnvollen, kräftigen und vor allem schnellen Schuldenschnitt im Mai 2010 mobilisierten die europäische Finanzindustrie, die Banken, Versicherungen, und Fonds, besonders aus Luxemburg, Deutschland und Frankreich, massiven Widerstand. Denn die Geldinstitute wollten ihre in griechische Staatsanleihen investierten Gelder wiedersehen. Vor allem die Herren Jean-Claude Juncker, Josef Ackermann und Jean-Claude Trichet setzten sich bei der widerstrebenden deutschen Kanzlerin, Angela Merkel, für die Rettung Griechenlands und ihrer dortigen Investments ein. Denn sie hatten Milliardenkredite gegeben und die Masse der hoch rentierenden griechischen Staatsanleihen auf ihren Bilanzen. Die deutsche Kanzlerin ließ sich auf die in eine „Rettung Griechenlands“ umformulierte Rettung der Bankanleihen ein. Die Chancen einer schnellen Sanierung im Mai 2010 waren vertan.

Die Legende und das heutige Treiben

Zur Geschichte der symbolträchtigen antiken Legende: Vom „Fels der Sibylle“ in der Nähe des Orakelortes Delphi verkündeten die griechischen Sibyllen ihre Weissagungen. Die Orakelsammlung der Sibyll von Cumae enthielt neun Bücher mit Prophezeiungen. Diese fanden unter Verlusten ihren Weg auch ins alte Rom. Die sibyllinischen Bücher waren eine Sammlung überlieferter Sprüche in griechischen Hexametern. Sechs Bücher sind verschollen. Die drei restlichen Bücher durften später nur im Auftrag des römischen Senats und nur in Krisenzeiten konsultiert werden. Wir haben Krisenzeiten - nur uns fehlen die prophetischen Bücher. Wir haben nur noch die EZB, die reformunwilligen Bürger und die reformverzögernden Regierungen.

Michelangelo nahm die Sibylle von Cumae in seine Deckenfresken in der Sixtinischen Kapelle auf. Von dort betrachtet sie noch heute das weltliche Treiben - nicht nur in Rom, sondern: „urbi et orbi“: Dieser Apostolische Segen galt auch immer „der Stadt und dem Erdkreis“.

Und der „Erdkreis“ ist nicht mehr nur Europa, er ist vor allem Asien, Afrika, der Vordere Orient, die beiden Amerikas in Nord und Süd und all' die anderen Krisenregionen dieser Welt, die den Segen bitter nötig haben. Und die Stadt ist nicht mehr Rom, das Zentrum der alten mediterranen Welt. Unser „Kleines Europa“ sind die 28 Regierungssitze in 28 europäischen Staaten, mit ihren diversen EU Institutionen in Brüssel, Luxemburg, Straßburg und Frankfurt.

Brüssel, die Stadt der Europäischen Kommission (EU-K) und des Europäischen Rates der Regierungschefs (ER). Luxemburg, die Stadt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Straßburg, die Stadt des Europäischen Parlaments (EP). Und Frankfurt, die Stadt der Europäischen Zentralbank (EZB).

Eine komplizierte, eine undurchsichtige, schwer verständliche Konstruktion, diese Europäische Union (EU28). Für viele ein bürokratisches Monster, für den Bürger ein „Buch mit sieben Siegeln“. Wenn etwas mehrdeutig, unverständlich oder undurchschaubar ist, nennen wir das auch heute noch „sibyllinisch“, oder eben nach

den prophetischen Versen der „Offenbarung“ des Johannes, etwas altmodisch: ein Buch mit sieben Siegeln. So ist vieles in der EU28 unverständlich, undurchschaubar, vor allem aber in „Euroland“, in den jetzt neunzehn Staaten (EU19), „deren Währung der Euro ist“. Aber auch den neun Staaten (EU9), die mit ihren eigenen nationalen Währungen in der EU ganz gut leben können, stehen viele Europäer verständnislos gegenüber. „Die Neun“ wollen den Euro nicht. Wurden sie verunsichert, abgeschreckt?

Wo liegt Europa?

Unde venis, quo vadis Europa? Woher kommst du, wohin gehst du, Europa? Gehen wir oder stolpern wir? Zu welchem Ziel? „Nur wenn du dein Ziel kennst, findest du auch den Weg“, sagte der römische Philosoph und Staatsmann Lucius Annaeus Seneca. Und: „Wenn ein Seemann nicht weiß, welches Ufer er ansteuern muss, ist kein Wind der richtige“.

So geht es uns heute. Wo ist das Ufer, wo das Ziel?

Wer verhindert oder unterstützt unser europäisches Tun und Lassen und wohin stolpern wir? Das ist das Thema dieses Buches.

Es handelt von Visionen, von der Finanzwelt, von den Schuldenstaaten, den Politikern, den verspielten Chancen, von den Zahlmeistern - und von der möglichen Zukunft Europas. Es geht aus von einem immer noch undefinierten Europa ohne feste Grenzen, von einem Europa, das viele Europäer mit unterschiedlichen Inhalten, mit unklaren Vorstellungen und unerfüllbaren Erwartungen verbinden.

„Europa ist kein Ort, es ist eine Idee“

Schon der geographische Begriff „Europa“ weckt die unterschiedlichsten Vorstellungen, Erinnerungen, Zweifel, Sehnsüchte. Wo liegt Europa? Reden wir nur von einer „Europäischen Union“, von den 28 Staaten?

Oder meinen wir den Subkontinent, der sich über das westliche Fünftel der eurasischen Landmasse erstreckt und mit Asien zusammen den Kontinent „Eurasien“ bildet? Denken wir dabei an die vielen Großreiche, die auf europäischem Boden entstanden sind und wieder untergingen, die Europa in Kriegen zerstörten und den Frieden verloren? Sehen wir nur die politischen und wirtschaftlichen Aspekte, die sich mit dem Begriff Europa verknüpfen lassen?

Die vielleicht treffendste Umschreibung stammt von dem französischen Philosophen Bernard-Henri Lévy:

„Europa ist kein Ort, Europa ist eine Idee. Und wir suchen vergeblich, immer noch den Ort“.

Die griechische Mythologie verband in dem Wort „Európe“ die Inhalte „weit“ und „Gesicht“: Európe, „die (Frau) mit der weiten Sicht“. Sie war die schöne Königstochter, die Zeus nach Kreta entführte. Immer wieder stolpern wir über die alten Griechen und ihren Götterhimmel. Aber sie standen an der Wiege Europas. Sie sahen Europa als „Idee“. Wie weit reicht heute diese „Sicht“ auf Europa? Wo liegen die Grenzen? Noch immer sind die Ostgrenzen Europas offen, umstritten, unsicher. Gefährlich wurde es an den östlichen und südlichen Rändern Europas: Russland und die Türkei, geführt von

zwei Autokraten, dem „neu russischen Zaren“ Wladimir Wladimirowitsch Putin und dem „neu osmanischen Sultan“ Recep Tayyip Erdogan.

Putin, ein Nationalist, der unter dem Zusammenbruch der Sowjetunion leidet, der überall, wo es ihm ermöglicht wird, russische Erde und russisch sprechende Menschen einsammeln, das „Neu Russland“ formen und damit seine Einflußzonen auf die ehemaligen Besitztümer des Kreml ausdehnen möchte.

Die Krim, die Ukraine, Georgien, Abchasien, Moldawien, Transnistrien, Ossetien und Tschetschenien sind bisher nur erste Schritte in der neuen Expansionsstrategie des russischen Präsidenten. Bis zum Ural und zu den Gipfeln des Kaukasus reicht Europa nach der noch immer vorherrschenden Definition östlicher Grenzen. Im Südosten verläuft die „Grenze“ am Kaspischen Meer, Schwarzen Meer, Marmarameer und an den Dardanellen. Hier regiert Tayyip Erdogan, ein orthodoxer Muslim, der die Türkei nicht mehr als Brücke zwischen Orient und Okzident sieht, der die laizistisch kemalistische Türkei abschaffte, der sich selbst aber zur zentralen Figur der islamischen Welt des Vorderen Orients stilisieren möchte. Nur 10% türkischen Bodens gehören zu Europa, 90% der Türkei liegen in Asien. Zwischen der EU und der Türkei besteht ein Assoziierungsabkommen, laufen seit Jahrzehnten die quälenden Beitrittsverhandlungen. Trotz allem wird sich Erdogan wohl vom EU Europa zurückziehen und dem Osten zuwenden. Aber die ebenfalls autokratischen Herrscher im Iran, in Saudi Arabien und in Ägypten werden ihm den Traum einer islamischen Führerschaft verwehren.

Wo sind die Grenzen?

Die Westgrenzen Europas kennen wir. Einigermaßen sicher sind die Staaten zuzuordnen, die sich zu Europa zählen, oder als zugehörig genannt werden:

Es sind zum einen die 28 Staaten, die mit ihren 507 Millionen Einwohnern eingebunden sind in die Europäische Union. Davon zählen 19 Staaten mit 336 Millionen Einwohnern zur Eurozone, sie leben in „Euroland“. Darüber hinaus gibt es 20 Staaten, die nicht zur EU gehören wollen. Sie werden darum auch gerne vergessen, wenn es um Europa geht:

Staat..... Hauptstadt

Andorra.....(Andorra la Vella)

Bosnien-Herzegowina.....(Sarajewo)

Island..... (Reykjavik)

Liechtenstein..... (Vaduz)

Moldawien.....(Chisinau)

Monaco..... (Monaco)

Norwegen..... (Oslo)

San Marino..... (San Marino)

Schweiz.....(Bern)

Vatikanstaat.....(Vatikanstadt)

Weißrussland..... (Minsk)

Kasachstan.....* (Astana)

Russland.....* (Moskau)

Mazedonien..... ** (Skopje)

Montenegro.....** (Podgorica)

Serbien..... ** (Belgrad)

Türkei..... ** (Ankara)

Albanien.....*** (Tirana)

Georgien..... **** (Tiflis)

Ukraine.....***** (Kiew)

Erläuterungen:

- * Staaten, die nur mit einem kleineren Teil in Europa liegen: Russland, die Türkei und Kasachstan
- ** Staaten mit dem Status eines „Beitrittskandidat zur EU“ nach Artikel 49 EU Vertrag
- *** EU Mitgliedschaft beantragt
- **** Georgien liegt in Vorderasien, wird aber von seinen Bewohnern oft als der „Balkon Europas“ bezeichnet.
- ***** Das Assoziierungsabkommen zwischen EU und Ukraine muss von 28 EU Staaten ratifiziert werden.

Daneben finden wir Gebiete, die nicht Bestandteil eines europäischen Staates, die aber auch nicht selbständig sind: Guernsey, Jersey, Isle of Man, Gibraltar, Färöer, Azoren, Madeira. Und dann gibt es noch die außereuropäischen Besitzungen der EU Länder Dänemark, Spanien, Portugal, Großbritannien, Frankreich und der Niederlande, die Europa assoziiert sind, aber nicht dazu gehören. Sie stehen unter der Verwaltung eines EU Landes, sind aber nicht Teil der EU. Sie haben im Rahmen der EU den Status „Überseeische Länder und Hoheitsgebiete“. Sie könnten auch Mitglieder der EU werden.

Der Artikel 49 des EU Vertrages räumt jedem „europäischen“ Land das Recht ein, einen Antrag auf EU Mitgliedschaft zustellen. „Europäisch“ wird dabei im politisch kulturellen, nicht im geographischen Sinn verstanden. Staaten, die den Aufnahmeantrag in die EU gestellt haben, erhalten den Status „Beitrittskandidat“. Der EU Erweiterungskommissar Stefan Füle⁴ hatte nach der Ukraine auch der Republik Moldau und Georgien ein Assoziierungsabkommen mit der EU angeboten. Auf der Gipfelkonferenz der Staatschefs am 27. Juni 2014 wurde das Abkommen von den drei Staaten unterzeichnet. Das EU Mitglied Litauen hat zum 1. Januar 2015 den Euro als neue Währung eingeführt und wurde damit das 19. Mitglied der Eurozone. Füle sah die Erweiterung als „das mächtigste Instrument zur Umgestaltung Europas“.

Das alles ist Europa: 48 Staaten mit 740 Millionen Menschen auf 10,5 Millionen Quadratkilometern. Davon 4,27 Millionen Quadratkilometer (41%) für die europäische Union (EU). Die Dimensionen eines Subkontinents.

Ein Friedensprojekt?

In Abgrenzung zu den Bestrebungen der EU und als Gegengewicht zur EU und den USA wurde am 29. Mai 2014 unter Führung Moskaus der Vertrag über die Gründung der „Eurasischen Wirtschaftsunion“ von den Präsidenten der drei Gründungsmitglieder Russland (Putin), Weißrussland (Lukaschenko) und Kasachstan (Nasarbajew) unterschrieben. Damit wurde die bereits zwischen den drei Staaten bestehende „eurasische“ Zollunion unter Einschluß von Armenien und Kirgistan ab Januar 2015 zur Eurasischen Wirtschaftsunion mit einem BIP von 2,45 Billionen Dollar (2014) erweitert. Diese gewaltige Landmasse erreicht noch nicht einmal 75% des BIP Deutschlands. Russland positioniert sich und andere gegen ein Europa, zu dem es selbst gehört.

Es ging nicht friedlich zu in Europa. Und in der jüngeren Geschichte schon gar nicht. Europa entstand aus Kriegen. Das alte Griechenland, das Römische Reich, das Karolingische Reich und das Heilige Römische Reich deutscher Nation, die Kolonialreiche und das Britische Empire, die Folgestaaten des Wiener Kongresses von 1815, die modernen Staaten des 20. Jahrhunderts. Sie führten Kriege oder waren Folge von Kriegen in Europa. So haben auch unsere heutigen Politiker ihre liebe Not und Mühe, über Europa zu reden. Über welches Europa reden sie, wenn sie den Begriff Europa benutzen? Über das in Kriegen zerstörte Europa? Über das so notwendige Friedensprojekt Europa? Über das geographisch so weite Europa der 48 Staaten? Über die 20 nicht zur EU zählenden europäischen Länder? Über die durch Verträge und Gemeinschaftsrecht verbundenen 28 EU Staaten? Oder nur über einen Teil der Union, die Eurozone, das „Euroland“ genannte Gebiet der Wirtschafts- und Währungsunion, also über jene 19 Euro Staaten, deren Währung der Euro ist? Den Begriff „Europa“ verwenden wir gerne, wenn wir über die europäische Kultur, Religion und Geschichte, über eine Werte- und Rechtsgemeinschaft, über das Friedens- und Freiheitsprojekt Europa, über das allen Europäern Gemeinsame und Verbindende sprechen – wenn wir an Europa „als Idee“ denken.

Der lange Weg nach Europa

Eine kurze Geschichte der Verträge

Der mühsame Weg nach EU Europa läßt sich gut an Hand einer Übersicht über die historische Entwicklung der in völkerrechtlichen Verträgen formulierten Strukturen verfolgen:

1951 „Kohle und Stahl“, der EGKS

Mit dem „Vertrag über die Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS), unterzeichnet am 18.4.1951, begann der lange Weg nach Europa, zunächst als „Montanunion“. Sie geht auf einen der Gründerväter der Europäischen Union zurück, den Franzosen Robert Schuman, der mit der sogenannten „Schuman Erklärung“ am 9. Mai 1950 die Gründung dieser Gemeinschaft angeregt hatte. Seitdem ist der 9. Mai der „Europatag“. Die Gründungsmitglieder waren Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux Staaten. Im Jahre 2002 endete die 50jährige Laufzeit dieses Gründungsvertrages.

1955 „Westeuropäische Union“

Am 5.5.1955 trat der Vertrag über die „Westeuropäische Union“ (WEU) als kollektiver Beistandspakt in Kraft.

1957 Die „Römischen Verträge“

Erst mit der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ am 25. März 1957 durch die sechs Gründungsmitglieder der Montanunion begann der Gedanke einer Europäischen Union konkret zu werden. Am 1.1.1958 wurden die Römischen Verträge wirksam. Die „Römischen Verträge“ brachten die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) und die „Europäische Atomgemeinschaft“ (EAG / EURATOM). Als „Meilenstein“ von den „Berufseuropäern“ gefeiert, interessierten sich die Bürger kaum dafür. Nur 25% der westdeutschen Exporte gingen im Jahr 1957 in die Staaten der fünf Mitunterzeichner der Verträge. Wirtschaftsminister Ludwig Erhard bezeichnete die Wirtschaftsunion EWG als „volkswirtschaftlichen Unsinn“.

1958 Europäisches Parlament“

Vom 19. Bis zum 21. März 1958 fand die konstituierende Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg statt.

1967 Der „Fusionsvertrag“

Dieser Vertrag begründete die „Europäischen Gemeinschaft“ (EG), bestehend aus EGKS, EWG und EAG.

1968 Zollunion

Mit dem Wegfall der Binnenzölle für Industrie und gewerbliche Güter und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolls gegenüber Drittstaaten wurde die Zollunion zum 1.7.1968 verwirklicht.

1974 „Europäischer Rat“

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (EG) beschließen am 10.12.1974 die Einrichtung des „Europäischen Rat“ mit regelmäßigen Treffen auf höchster Regierungsebene.

1979 Das EWS

Zum 1.1.1979 tritt das „Europäische Währungssystem“ (EWS) in Kraft. Die neue Währungseinheit „Ecu“ soll zur Stabilität der Wechselkurse beitragen.

1979 Wahl zum EP

Im Juni 1979 findet die erste direkte Wahl zum Europäischen Parlament in den Mitgliedstaaten der EU statt. Die stärkste Fraktion bilden die Sozialisten.

1986 Die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA)

Die verschiedenen bestehenden Verträge wurden in der EEA aktualisiert und zusammengefaßt. Die Vollendung des europäischen Binnenmarkts bis zum 31.12.1992 wurde festgelegt.

1992 Vertrag von Maastricht

Mit diesem „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV), unterzeichnet von den Außen- und Finanzministern der EU am 7.2.1992 in Maastricht, Holland, wurde die heutige EU gegründet. Der Vertrag über die Europäische Union bildet auch die

Grundlage zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. Er begründet die vier EU Konvergenzkriterien:

1. Preisniveaustabilität:

Die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Rate der drei preisstabilsten Länder liegen.

2. Schuldengrenzen:

maximal 60% Gesamtverschuldung sowie

3. Max. 3% Neuverschuldung des jeweil. Jahres BIP

4. Maximal 2 Prozentpunkte darf der Zinssatz langfristiger Staatsanleihen über dem durchschnittlichen Zinssatz der drei preisstabilsten Länder liegen.

Der durchaus umstrittene Sinn dieser vier Kriterien liegt darin, den wirtschaftlichen Zusammenhalt und die sich annähernde Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone zu sichern, diese „Konvergenz“ zu fordern und zu fördern. Die vier Kriterien reichen aber nicht aus für die „Theorie der optimalen Währungsräume“. Die Kriterien orientieren sich an der „Stabilität“, beziehen sich aber nicht auf „Konjunkturpolitik“ und nicht auf die „Handelsintensität“.

Gleichzeitig wurde mit dem „Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ (EGV) der EWG Vertrag fortgeschrieben und die EWG in die EG übergeleitet. Beide Verträge traten 1993 in Kraft.

1995 „Schengen“, Luxemburg

Das Schengener Abkommen zum schrittweisen Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen der EU tritt am 26.3.1995 in Kraft.

1996 „Euro Stabilitäts- und Wachstumspakt“

Am 14. 12. 1996 verabschiedet der Europäische Rat (ER) den Stabilitäts- und Wachstumspakt („Stabilitätspakt“) mit Sanktionen gegen Haushaltssünder. Verlängert und verschärft die Stabilitätskriterien des Maastricht Vertrag.

1997 „Vertrag von Amsterdam“

Das Ziel eines politischen Zusammenschlusses der EU Mitgliedstaaten wurde vom ER am 18.6.1997 bestätigt. Der Vertrag trat am 1.5.1999 in Kraft. Die erwartete Straffung der Institutionen wurde jedoch nicht erreicht. Über diesen Vertrag vom 17. Juni 1997 mit dem klaren Ziel der „Politischen Union Europa“ wird in der medialen Öffentlichkeit kaum geredet, obwohl er als Ziel die dem Bürger bisher nicht vermittelte „Politische Union“ beschreibt.

2000 „Vertrag von Nizza“

Dieser komplizierte, kaum vorbereitete und schlecht formulierte Vertrag regelte die Stimmgewichtung und Abstimmungsprozeduren in der EU. Mit der Unterzeichnung des Vertrages am 26.2.2001 erfolgte die vierte große Vertragsrevision.

2005 „Verfassungsvertrag“

Am 29. Mai und am 1. Juni 2005 lehnen die Bevölkerungen in Holland und Frankreich in Volksabstimmungen den Vertrag für eine Europäische Verfassung ab. Dieser Verfassungsvertrag war am 29.10.2004 vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs unterzeichnet worden.

2007 „Vertrag von Lissabon“

Nach mühsamen Ratifizierungsverfahren in den Mitgliedsländern wurde dieses Vertragswerk zum 1. Januar 2009 europaweit in Geltung gesetzt. Es brachte zwei neue Verträge:

1. „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV)

2. „Vertrag über die Arbeitsweise der EU“ (AEUV)

Der wohl wichtigste neuere Vertrag der Europäischen Union ist der „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV), der das Zusammenwirken der sieben

verschiedenen EU Organe beschreibt und regelt. Er trat am 1.12.2009 in Kraft. Der AEUV zählt zum Primärrecht der EU.

Die Basis des AEUV ist der EWG Vertrag aus 1957 mit den Änderungen durch die Verträge von Maastricht (EG Vertrag), den Vertrag von Nizza und den Vertrag von Lissabon. Der AEUV umfaßt 358 Artikel und wurde in 23 gleichwertige, rechtsverbindliche Sprachversionen übersetzt. Durch den „Lissabon Vertrag“ wurde die EU institutionell reformiert und der Einfluß des Europäischen Parlaments (EP) vergrößert. Das EP wird jetzt gleichberechtigter Gesetzgeber. Ein europäisches Bürgerbegehren wird eingeführt. Das Amt eines Präsidenten des Europäischen Rats wird eingerichtet. Die Kompetenzen des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik werden vergrößert. Die Bereiche für Mehrheitsentscheidungen werden erweitert. Der Lissabon Vertrag ist „Änderungsvertrag“ und „Dachvertrag“. Wichtig ist: Beide Verträge, EUV und AEUV, sind gleichberechtigt und bilden die Basis der EU. Sie werden im Sprachgebrauch daher auch einfach als „Die Verträge“ bezeichnet. Der EAG, der Euratom Vertrag, läuft unbefristet weiter. Vier Verträge bestimmen also Struktur und Zukunft der EU: EUV, AEUV, Lissabon Vertrag und Euratom Vertrag.

Mit der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ gelten derzeit fünf europäische Vertragswerke. Europa ist und bleibt eine komplizierte Konstruktion, unverständlich und daher den Bürgern auch nur schwer vermittelbar. Der „Geist der Gesetze“ wird von einer sperrigen Verwaltungssprache zugedeckt. Die Vertragstexte machen dem Bürger die „Vision Europa“ nicht verständlicher. Hier bleibt noch viel zu tun. Das Fundament der EU sind völkerrechtliche, zwischenstaatliche Verträge, nicht eine europäische Verfassung.

2010 „1. Rettungsschirm“ in der Eurokrise

Im Mai 2010 wird für das bankrotte Griechenland ein erstes Rettungspaket geformt. Im Juni 2010 wird der Rettungsschirm EFSF ⁵ mit einer Garantiesumme von 440 Milliarden Euro beschlossen.

2011 „Stabilitätsmechanismus“ ESM

Am 21.3. 2011 beschließt der ER die Einrichtung eines 2. dauerhaften Krisenfonds. Dieser „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) wird mit einem Stammkapital von 700 Milliarden Euro ausgestattet.

2013 Der „Fiskalpakt“

Am 1. Januar 2013 trat der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt) in Kraft. Er verlangt nationale Schuldenbremsen, prozentuale Rückführung der Staatsschulden, ausgeglichene Haushaltsziele und begründet ein automatisches Defizitverfahren. Die EU-K erhält durch Vorlage der Haushaltspläne eine Kontrollkompetenz über die Haushalte der Eurostaaten. ESM Kredite werden nur an Staaten vergeben, die den Fiskalpakt ratifiziert haben. 62 Jahre „intergouvernementales Handeln“.

Soweit der juristische, vertragliche, technokratische Weg nach Europa -von 1951 bis 2013- in zweiundsechzig Jahren unvollendet und in bleibender Kritik. Die EU entsteht aus Regierungshandeln. Auch in 2014, dem Wahljahr zum EP, und im Krisenjahr 2015 ist EU Europa unvollendet.

Es bleibt „Work in progress“.

Die „Rechtsgemeinschaft“

Die EU, ein gigantisches Projekt, ohne Beteiligung der Bürger, ein „Elitenprojekt“, ein „Vertragskonstrukt“ wie es oft und zutreffend genannt wird, ein Gebilde auf dem Weg

zu einer Union. Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft. Mehr nicht. Sie besteht und begründet sich aus Verträgen. Verträge sind zu halten. Verträge sind ihre Existenzgrundlage. Werden die Verträge mißachtet, ist die Rechtsgemeinschaft in ihren Grundfesten beschädigt.

Was heißt „Europäische Union“?

Meinen wir den friedlichen Teil Europas, den im gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt nachhaltig „vergemeinschafteten“ Teil Europas der EU28?

Meinen wir den Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten: Warenverkehr, Dienstleistungen, Kapitalverkehr, Personenverkehr mit eingebundener Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit. Oder denken wir an das „Elitenprojekt Europa“ ohne Bürgerbeteiligung? Die Europäische Union (EU28) wird oft mit dem Wort „Brüssel“ verknüpft, wenn Kritik und Sorgen angebracht sind, wenn Probleme benannt oder umstrittene Veränderungen angestrebt werden. Wenn wir über die sieben europäischen Institutionen lamentieren, „Organe“ genannt, die gar nicht alle in Brüssel sitzen. Oder wenn wir uns über die Bürokratie ärgern, über die Regulierungssucht, über das administrative „Konstrukt“ EU28, dann reden wir gerne von „Brüssel“. Der Ärger macht sich immer an „Brüssel“ fest. Kritische Bürger Europas haben sich diese Sprachregelung zu Eigen gemacht.

Auch wir werden die Chiffre „Brüssel“ gelegentlich, aber differenzierter verwenden. In diesem Buch reden wir über „Europa“, wenn wir das weite Europa der 48 Staaten, die „Idee Europa“ meinen, über „die EU“ (auch: EU28), wenn wir die heute 28 Staaten der Europäischen Union betrachten, und über „Euroland“, wenn wir die Eurozone, die 19 Euro Staaten (auch: EU19, ab 2015 mit Litauen) besprechen. Die EU28 verstehen wir nicht, ohne vorher das „Trauma von Maastricht“ zu betrachten.

Das „Trauma von Maastricht“

Der oft genannte Grund, „Brüssel“ als bürokratisch und technokratisch zu qualifizieren, liegt auch am „Vertrag von Maastricht“ (1992). Dieser detaillierte völkerrechtliche Vertrag wurde an die Seite der bereits in 1957 geschlossenen „Römischen Verträge“ gestellt. In den Vertragsverhandlungen zu Maastricht scheiterte die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Im Vertrag einigte man sich nur über die Wirtschafts- und Währungsunion, über die europäische Zentralbank, über die staatlichen Verschuldungskriterien, aber nicht mehr über eine Politische Union. Für den deutschen Verhandlungsführer, Bundeskanzler Helmut Kohl, waren Währungsunion und Politische Union immer die beiden Seiten einer Medaille. Doch es kam anders. Es gab mit „Maastricht“ eine gemeinsame Währung, aber keinen gemeinsamen Haushalt, es gab eine gemeinsame Währung ohne einen gemeinsamen Staat. Die Währung war „staatenlos“. Es gab eine starke, unabhängige europäische Zentralbank ohne einen europäischen Finanzminister. Die EU erhielt eine asymmetrische Struktur.

Der Maastricht Vertrag machte die Märkte stark und die Politik schwach. Die überstaatliche Währung und die staatlichen Haushalte sollten allein durch die disziplinierende Kraft der Märkte und die vier sogenannten „Maastricht Kriterien“, auch EU Konvergenzkriterien genannt, stabilisiert werden. Die Philosophie des Marktliberalismus hatte sich durchgesetzt. Nur mit Mühen konnten noch die Obergrenzen für die nationalstaatliche Verschuldung in den Vertrag hineinverhandelt

werden. 3% für das jährliche Haushaltsdefizit, die sogenannte Neuverschuldung, und 60% für die staatliche Gesamtverschuldung.

Beides gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Kein Staat sollte sich über diese Obergrenzen hinaus verschulden dürfen. Aus marktliberaler Sicht war die festgeschriebene Eigenständigkeit der europäischen Nationalstaaten in ihrer Haushalts-, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik die dominierende Errungenschaft von Maastricht. Die Nationalstaatsouveränität hatte gewonnen, die Politische Union hatte verloren. Die Europäische Union blieb unvollendet. Man glaubte an einen offenen Wettbewerb der verschiedenen nationalen Wirtschaftssysteme in einem gemeinsamen Binnenmarkt unter einer einheitlichen Währung. Ein fataler Irrtum. Damit waren die ohnehin wettbewerbsschwachen Staaten des Südens, der Peripherie, die späteren Krisenstaaten, von Anfang an stark benachteiligt. Nun sollten sie sich unter dem Regime einer einheitlichen Währung gegen die starken Staaten des Nordens durchsetzen. Ein Unding. „Nach Maastricht“ wurde nicht mehr über eine „Politische Union“ gesprochen. Der Begriff und auch die Vision „Vereinigte Staaten von Europa“ verschwanden seit 1993 aus der öffentlichen Diskussion. Im Jahre 2005 scheiterte dann auch der mit viel Expertise aufgesetzte „Europäische Verfassungsvertrag“ bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Übrig blieb „Brüssel“, wie wir es heute haben, als viel zu technokratisch und bürokratisch diskreditiert. Als Erklärung hören wir dann für dieses „Brüssel“: „Wir wollen keinen Superstaat, wir wollen keinen europäischen Bundesstaat, wir wollen eine konföderale Konstruktion, einen Verbund der Nationalstaaten“. Aber auch diese Antworten kommen sehr verdruckt daher. Zurück bleibt der europäische Bürger, verwirrt oder desinteressiert. Ist er noch engagiert, fragt er sich: Wohin geht die Reise? Doch zuvor noch eine Begriffsklärung.

Die EU in staatsrechtlicher Sicht

In der Diskussion tauchen viele juristische Begriffe auf, politisch oder staatsrechtlich gemeint: Föderation, Konföderation, Staatenbund, Bundesstaat, Vereinigte Staaten.

Konföderation = Staatenbund

Im Staatenbund sind alle Gliedstaaten souverän und gleichberechtigt. Es gibt keine Zentralregierung, auf die bestimmte Hoheitsrechte der einzelnen Gliedstaaten übertragen werden. Die Konföderation ist eine Dachorganisation mehrerer selbständiger Staaten oder Institutionen.

Föderation = Bundesstaat

Im Bundesstaat verbinden sich mehrere Staaten vertraglich in der Weise, dass ein neuer Gesamtstaat entsteht, die Gliedstaaten jedoch ihre Staatseigenschaft behalten. Die Gliedstaaten übertragen dem Gesamtstaat bestimmte Kompetenzen. Der Gesamtstaat ist für wichtige Politikbereiche (z.B. Außenpolitik, Verteidigung, Finanzen) zuständig.

In anderen Bereichen herrscht eine geteilte, konkurrierende Zuständigkeit. Die EU hat von jedem etwas, aber sie ist weder das eine noch das andere.

Da das Deutsche Bundesverfassungsgericht (BVG) in seinem Maastricht Urteil feststellte, dass die EU weder Bundesstaat noch Staatenbund ist, sondern ein völkerrechtlich einzigartiges Gebilde darstellt, stufte es die EU wegen fehlender

Staatlichkeit auf der Gemeinschaftsebene als föderales Konstrukt in die Kategorie „sui generis“ ein und sprach von einem „Staatenverbund“.

Versagen die vertrauten Begriffe, hilft sich der Jurist mit der Qualifikation als „einer Sache sui generis“, so auch Josef Isensee. Als einer Sache „eigener Art“, auch einzigartig. Manche Staatsrechtler bezeichnen die EU als eine normative Kraft („Normative Power“). Danach kann sie zum Beispiel bestimmte Werte in ihrer Außenpolitik oder in der Klimapolitik als Standard setzen und ihnen damit eine allgemein gültige Wirkung geben.

Können die USA ein Vorbild sein?

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine Föderation, ein Bundesstaat, ein Zweikammersystem und einem mit besonderen Vollmachten ausgestatteten starken Präsidenten. Ein Territorium, ein Staat, eine Nation, eine Währung, eine Verfassung, eine Sprache. Sicher sind die USA unter den drei wichtigsten Wirtschaftsräumen der Welt die stärkste Kraft, wenn auch nicht die größte. Das BIP der EU28 war noch in 2014 mit 13,9 Billionen Euro größer als das der USA mit 13,1 Billionen Euro und wesentlich größer als das BIP Chinas in Höhe von 8,4 Billionen Euro. Das ändert sich in 2015. Aber im Gegensatz zum Standing des Euro und seiner internationalen Einschätzung durch die Finanzmärkte, kennen die USA keine Vertrauenskrise in den Dollar, obwohl die USA mit 13,8 Billionen Euro (105,1%) eine höhere Gesamtverschuldung als die EU mit 12,2 Billionen Euro (88,1%) vom BIP aufweisen. Der Wechselkurs des Euro fiel zum Jahresbeginn 2015 auf 1,20 Dollar für einen Euro, und er fiel weiter, nachdem er zur Jahresmitte 2014 noch bei knapp 1,40 \$ stand! Die Geldpolitik der US Federal Reserve Bank hat den Dollar stark, die EZB hat den Euro weich und schwach gemacht. Auch wenn mehrere US Bundesstaaten zwischenzeitlich nahezu insolvent waren, zweifelt niemand an dem Zusammenhalt der USA: Eine Nation, eine Währung, eine Nationalbank. Auch gehören zu den USA Innovationsfähigkeit, Flexibilität, Technologieführerschaft und eine breite Aufnahmebereitschaft für Menschen und Ideen. Besonders „pleitegefährdet“ sind die US Bundesstaaten Nevada, Illinois, Texas, Kalifornien, Oregon und Minnesota. Aber das ist das Problem der Bundesstaaten. Als der Bundesstaat Minnesota im Jahr 2011 zahlungsunfähig war, hat der Dollar nicht reagiert und der US Zentralstaat keine Minnesota Schulden übernommen. Für seine Schulden muss jeder Bundesstaat selbst einstehen und sehen, wie er sich selbst aus seiner Verschuldung durch Sparen, Steuererhöhungen oder den Verkauf des „Tafelsilbers“ herausarbeitet.

Ein Blick zurück auf 2007, 2010, 2012

2007, vor acht Jahren begann die Weltfinanzkrise mit dem Platzen der spekulativen Immobilienblase in den USA.

2010, vor fünf Jahren erklärte Griechenland seine Zahlungsunfähigkeit. Das Land war überschuldet. Aber nicht nur Griechenland ächzte unter der Schuldenlast. Auch andere hoch verschuldete Länder der Eurozone bekamen keine oder nur sehr teure Kredite, standen am Rand ihrer Zahlungsunfähigkeit.

Die Staatsschuldenkrise, die uns unzutreffend als „Eurokrise“ erklärt wurde, erfaßte nicht nur Euroland.

2012, vor drei Jahren drohte der Zusammenbruch Eurolands, da die fünf Krisenländer - Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien- unter den hohen Zinsen litten, die Finanzmärkte keine neuen Kredite mehr geben wollten, und die EZB zum Retter in der

Not wurde. Diese fünf schwächelnden Staaten werden oft auch als „GIPSI Staaten“ bezeichnet. 2007, 2010, 2012, das waren die finanz- und wirtschaftspolitischen Schicksalsjahre EU Europas, vor allem aber waren sie die Krisenjahre der Währungsunion, denn die Staaten der Eurozone waren seit 1998 in den „EURO“, eingebunden. In dieser künstlichen Einheitswährung konnten sie sich nicht mehr selbständig bewegen, sie konnten weder abwerten noch aufwerten. Sie hatten keine eigene Währung mehr. Aus dem Euro konnten sie nicht mehr flüchten, denn sie hatten bindende Verträge unterschrieben: „Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen“.

Der Austritt aus dem Euro als Rettung?

Die Verträge erlaubten keinen Austritt aus der Währungsunion, aus dem Euro, ist die gängige Lesart. Sie hatten ihre eigenen Währungen abgegeben, „auf Euro umgestellt“, wie der finanztechnische Vorgang hieß. Sie verloren ihre Währungshoheit. Die lag jetzt bei der EZB. Trotzdem wurden in den späteren Krisenjahren immer wieder Austrittsszenarien diskutiert: „Der Beitritt zur Eurozone ist unwiderruflich“ heißt es unter Bezug auf Artikel 140, Absatz 3 des EU Grundlagenvertrages von Lissabon. Das ist aber umstritten: Der EU Vertrag garantierte nur die unwiderrufliche Festlegung des Wechselkurses bei der Einführung des Euro. Daraus leitete die EU Kommission dann eine unwiderrufliche Mitgliedschaft in der Währungsunion ab. Ein „Rauswurf“ eines Mitgliedstaates ist sicher rechtlich nicht möglich. Dafür gibt es keine vertragliche Rechtsgrundlage. Aber den Austritt aus der Währungsunion können insolvente Eurostaaten selbst erzwingen, indem sie sich in eine Lage manövrieren, die ihren Verbleib in der Währungsunion unmöglich macht: Sie stellen schließlich die Einhaltung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zur Zins- oder Darlehensrückzahlung ein und gehen zu ihrer alten Währung oder einer Parallelwährung zurück. Dann wären sie aber von den Hilfen der EZB und zunächst auch von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten.

Schönreden und Verschleiern

Wie konnte Euroland und damit auch die EU in eine derartige Situation hineinstolpern? Im Laufe der achtjährigen Finanz- und Schuldenkrise und der „Rettung des Euro“ wurden viele eherne Tabus gebrochen. Vertrauen in bestehende Verträge wurde zerstört. Zu den bekannten Verstößen gegen die Konvergenzkriterien der Europäischen Verträge (Maastricht Vertrag, Lissabon Vertrag) und die damit verbundene Aufhebung der „no-bail-out“ Klausel gab es immer wieder Versuche der Politik, neue „rote Linien“ zu ziehen und diese dann zu verletzen:

„Rote Linien“

21. März 2010: Angela Merkel

„Hilfe steht nicht auf der Tagesordnung, denn Griechenland sagt selbst, dass es im Augenblick keine Hilfe braucht.“

4. Mai 2010: Angela Merkel

Regierungserklärung: „Europa steht am Scheideweg. Zur Hilfe für Griechenland gibt es keine Alternative.“

7. Mai 2010: Deutscher Bundestag

Das erste Rettungspaket für Griechenland über 110 Milliarden Euro wird beschlossen

24. Juli 2010: Wolfgang Schäuble

„Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.“

16. September 2010: Angela Merkel